



*Der geschäftsführende Vorstand: v.l.: Walter Stricks (Schatzmeister), Jürgen Köster (Landesbundvorsitzender), Jennifer Pannecke (Schriftführerin), Uwe Ahrens (stellv. Landesbundvorsitzender)
Foto: dbb bremen*

Themenübersicht:

- Herausforderungen des öffentlichen Dienstes zur Bewältigung der Krise
- Die Geschäftsstelle in Corona-Zeiten
- Versorgungsrücklage und Versorgungsvorsorge: Was bedeuten beabsichtigte Auflösungen für die bremische Beamtenschaft?
- Die Fachgewerkschaften stellen sich vor
 - GDL-Bezirk Nord
 - BSBD-Bremen
 Gewerkschaft Strafvollzug
- Veranstaltungsinformationen
- dbb-Chronik
Die frühen Jahre (1953-1959)

dbb landesbund bremen besteht 70 Jahre

Am 28. Juni 1950 wurde der dbb landesbund bremen gegründet.

Auf Grund der Corona-Pandemie konnte dieser runde Geburtstag leider nicht gebührend gewürdigt werden. Ursprünglich war eine Feier in Verbindung mit dem Nordtreff am 20. August geplant.

Wenn es entsprechende Lockerungen gibt, werden wir die Feier zum Jahrestag nachholen.

Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
wie z. B. Zinsrabatte für Finanzierungen
und günstige Versicherungstarife
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:

BBBank-Filiale Bremen
Hutfilterstraße 16-18
28195 Bremen
Telefon 0421 3656937-0
E-Mail Filiale.355@bbbbank.de
oder auf www.bbbank.de/dbb



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



Bank
Better Banking

Folgen Sie uns   

Herausforderungen des öffentlichen Dienstes zur Bewältigung der Krise

In einer gesellschaftlichen und staatlichen Notsituation, wie wir sie momentan erleben, zeigt sich, wie wertvoll ein gut funktionierender öffentlicher Dienst für die Stabilität von Staat und Gesellschaft ist.

Die politischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte wirken sich in dieser Corona-Pandemie zum Teil dramatisch in unserer Gesellschaft aus. Angefangen beim Personalmangel in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, der auf schlechte, nicht angemessene Bezahlung und den herrschenden Arbeitsbedingungen zurückführbar ist, dem Personalmangel und den Digitalisierungsdefiziten in den Gesundheitsämtern, der mangelnden personellen, digitalen und baulichen Ausstattung von Schulen und Kitas bis hin zu den ausschließlich profitgeleiteten Zuständen in der Fleischproduktion.

Verschärft haben sich auch die Polarisierung und die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, bei der die Polizei als Schutzorgan der öffentlichen Sicherheit stark gefordert ist. Sie braucht zur Bewältigung ihrer hoheitlichen Aufgaben jetzt nicht nur starke öffentliche Unterstützung, sondern auch politischen Rückhalt. Eine bürokratische Erschwerung der Polizeiarbeit, wie es das novellierte Polizeigesetz vorsieht, ist in diesem Zusammenhang kontraproduktiv und ruft in der Polizei Zweifel hervor, ob sie in ihrer Arbeit von den Regierenden Rückendeckung erwarten kann.

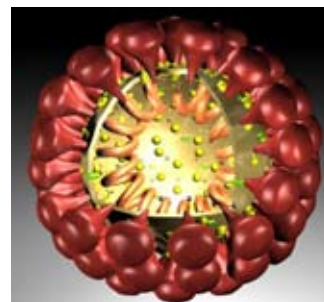
Kurzum, durch die Corona-Krise verschärfen sich die Probleme an allen Ecken und Enden in der Gesellschaft und entsprechend im öffentlichen Dienst.

Um die Wirtschaft zu stabilisieren und sie möglichst schnell aus der Krise herauszuführen, haben Senat und Bürgerschaft einen 1,2 Milliarden Euro starken Bremen-Fonds als Teil des Haushalts 2020 beschlossen. Strukturell sollen hiermit Maßnahmen zur aktuellen Krisenbekämpfung, zur kurz- und mittelfristigen Verhinderung struktureller Einbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere zur Verhinderung sozialer Verwerfungen und zur Unterstützung des gesellschaftlichen Neustarts nach der Krise finanziert werden. Die Kredite des Bremen-Fonds sollen ab 2024 innerhalb von 30 Jahren getilgt werden. Der gesamte Bremen-Fonds steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass für die hieraus resultierenden Projekte jedweder Art vorrangig Mittel aus den Konjunkturpaketen von Bund und EU angezapft werden müssen. Auf die Bremischen Behörden kommen hier weitere Aufgaben bei der Planung, der Einwerbung von Mitteln aus den Corona-Sonderprogrammen von Bund und EU und der Durchführung dieser zusätzlichen Projekte hinzu, für die sie personell aufgrund des strikten Sparkurses mit PEP-Quoten der vergangenen zwei Jahrzehnte nicht annähernd aufgestellt sind.

Hier wird deutlich, dass gut ausgebildetes und gut bezahltes Personal nicht die teuerste, sondern die wertvollste Ressource eines auch in Krisenzeiten funktionierenden Staates ist.

In den Bremischen Haushalten der nächsten Jahre wird es schon allein aufgrund der Finanzierung dieses Fonds zu Einsparungen kommen müssen. Wir als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes werden uns auch bei der Bewältigung dieser Krise solidarisch zeigen und unseren Beitrag leisten. Wir werden aber vor allem darauf achten müssen, dass es nicht wieder wir sein werden, die überproportional oder sogar ausschließlich mit Sonderopfern dafür herhalten müssen, wenn es um Einsparpotenziale bei den Ausgaben der Haushalte geht.

Carl-Otto Spichal



Impressum

Redaktion:
Carl-Otto Spichal
Kontorhaus
Rembertistr. 28
D-28203 Bremen

Herausgeber

Der **dbb** / report
wird von dbb-beamtenbund und tarifunion,
landesbund bremen, herausgegeben.

Telefon 0421 - 70 00 43
Telefax 0421 - 70 28 26
E-Mail: dbb.bremen@swbmail.de
Internet: www.dbb-bremen.dbb.de

Fotos: GDL-Bezirk Nord, BSBD-Bremen, dbb bremen

Die veröffentlichten Artikel decken sich nicht notwendigerweise mit den Ansichten des dbb-beamtenbund und tarifunion, landesbund bremen. Offizielle Verlautbarungen des dbb bremen, sind als solche gekennzeichnet. ISSN: 1867-8254.

Die Geschäftsstelle in Corona-Zeiten



Bereitgestellte Utensilien zur Bekämpfung des Covid-19-Virus:

Hygiene-Spray,
Hand-Gel,
Mund-Nasen-Schutzmasken

Ursprünglich sollte im Frühjahr der Nordtreff am 20. August zur Sail 2020 in Bremerhaven vorbereitet werden. Als Unterstützung hatten wir Dieter Rybka für diese Zeit mit einigen Stunden reaktiviert. Er sollte sich auch schon mal um eine Location für unseren Gewerkschaftstag in 2022 kümmern. Die Schifffahrt zur Sail mit der „Hanseatic“ der Reederei „Hal över“ war schon für ca. 120 Personen gebucht und auch die Rückfahrt mit drei gecharterten Bussen war in trockenen Tüchern.

Dann kam Anfang März der Corona-Covid-19-Virus mit einer Infektions-reproduktionszahl von zunächst über 3 Personen pro infizierter Person über uns. In einem „lockdown“ wurde darauf hin das öffentliche Leben auf ein Mindestmaß reduziert, was auch für den dbb bremen nicht ohne Folgen blieb. Um die Geschäftsstelle funktionsfähig zu halten, wurde sie von Montags bis Freitags jeweils nur noch mit einer Person besetzt. An den Montagen war der Geschäftsführer Carl-Otto Spichal präsent, der die übrige Zeit der Woche die Geschäfte im Homeoffice mit Telefon und unmittelbarem Zugriff von zu Hause auf den Geschäftsstellenrechner weiterführte.

Unsere Sekretärin Isolde Kühner arbeitete dann Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags in der Geschäftsstelle. Unser Landesbundvorsitzender Jürgen Köster sprang in Krankheits- und Urlaubsfällen ein.

Da zunächst bis Ende August keine Großveranstaltungen genehmigt wurden und mithin die Sail 2020 „ins Wasser“ fiel, musste entsprechend auch der soweit vorbereitete Nordtreff abgesagt und die Fahrten mit „Hansatic“ und Bus Corona-bedingt storniert werden.

Auch die Durchführung der dbb-Landeshauptversammlung am 20. Mai musste zunächst auf den 19. August verlegt werden. Organisatorisch ist es in dieser Zeit sehr schwierig, einen Raum für über 30 Personen zu finden, in dem insbesondere das Abstandsgebot von mindestens 1,5 m eingehalten werden kann. Selbst Landesvorstandssitzungen mit 10 bis 12 Personen müssen in erheblich größeren Räumen außerhalb der Geschäftsstelle geplant und durchgeführt werden.



Unsere Sekretärin Isolde Kühner

Weiterhin konnte das in der Zeit vom 16. bis 18. Juni in Königswinter geplante dbb-Rhetorik-Seminar nicht stattfinden. Das gilt auch für die in Zusammenarbeit mit der dbb akademie ursprünglich vom 29. Juni bis 1. Juli geplante

Personalräteschulung im Courtyard Hotel Bremen. Diese Veranstaltung soll nun gespreizt auf drei Termine mit maximal 12 Teilnehmern ab Ende August durchgeführt werden.

In der Kommunikation mit anderen Institutionen herrscht ein gewisser lähmender Zustand. So sind seit Mitte März keine Termine zu politischen Gesprächen mit Politikern aus den Parteien und Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft möglich. Auch die Sitzungen des dbb-Bundesvorstandes und Bundestarifkommission, in denen der Landesbundvorsitzende Jürgen Köster den Landesbund vertritt, wurden nur in Form von Videokonferenzen durchgeführt, in denen die zur Meinungsbildung wesentlichen persönlichen Kontakte nur eingeschränkt möglich sind.

Sowohl im organisatorischen als auch im kommunikativen Bereich erschweren die Corona-bedingten Einschränkungen die Arbeit in unserer Geschäftsstelle ganz erheblich. Es fehlen einfach die im normalen Alltag uneingeschränkt möglichen sozialen Kontakte die eigentlich für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit essentiell sind.

Mittlerweile ist im Zuge der Lockerungen des „lockdown“ wieder ein paralleles Arbeiten in der Geschäftsstelle unter Wahrung von Abstands- und Hygienegebot möglich, was zumindest die Kommunikation innerhalb der Geschäftsstelle erleichtert.

Carl-Otto Spichal



Unserer Geschäftsführer Carl-Otto Spichal

Höchste Zeit, ...

... dass Sie sich jetzt von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen, wie z. B. bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, Heilpraktikerbehandlung, keine Rezeptgebühren. Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 3 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

anders als andere

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

Landesgeschäftsstelle Bremen
Konsul-Smidt-Str. 62
28217 Bremen
Telefon (04 21) 3 65 03 - 0



Versorgungsrücklage und Versorgungsvorsorge: Was bedeuten beabsichtigte Auflösungen für die bremische Beamtenschaft?

Was verbirgt sich hinter dem „Sondervermögen Versorgungsrücklage“ und der „Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge“, deren Kapitalsubstanzen der Senat nun auflösen möchte?

Mit der Errichtung des **Sondervermögens Versorgungsrücklage** folgte Bremen bereits 1999 dem Bund, der in seinem Beamtenversorgungsgesetz eine entsprechende Regelung getroffen hatte. Man wollte seinerzeit in Bund und Ländern die abzusehende Steigerung der Pensionsaufwendungen auffangen: gestiegene Einstellungen im öffentlichen Dienst, die höhere Lebenserwartung, den relativen Rückgang der Erwerbstätigen aufgrund der demografischen Entwicklung. Finanziert wurde die Rücklage durch Zuführungen seitens der Gebietskörperschaften und Verminderungen bei den Besoldungs- und Versorgungserhöhungen. Auch die spätere Absenkung der Beamtenpension auf das jetzige Höchstniveau von 71,75% kam den Versorgungsrücklagen zugute: Die Ersparnisse wurden zu 50% der Rücklage zugerechnet. Das Sondervermögen begründet keine Ansprüche von Versorgungsempfängern.

Die bremische **Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge** wurde 2005 gegründet, um zusätzlich die steigenden Versorgungsausgaben, nämlich die Versorgung selbst sowie die Beihilfen für Versorgungsempfänger, abzufedern. Sie finanziert sich aus Zuwendungen der Bremer Gebietskörperschaften; einen Teil hiervon machen Versorgungszuschläge aus. Ansprüche Dritter, d.h. auch der Beamtinnen und Beamten, werden hierdurch grundsätzlich nicht begründet (§ 2 Abs. 4 des Errichtungsgesetzes).

Der Senat plant nun, dem Sondervermögen Versorgungsrücklage jährlich rd. 24 Mio. € zu entnehmen, mit der Folge einer vollständigen Auflösung Ende 2021. Außerdem will er den Kapitalstock der Versorgungsvorsorge-Anstalt in Höhe von 8,5 Mio. € pro Jahr zurückführen. Im Haushaltsentwurf heißt es explizit, dass diese Mittel dem Gesamthaushalt zur Verfügung stehen sollen, also nicht speziell für die Versorgung verwendet werden müssen. Eine jetzt vorgeschlagene Gesetzesänderung soll Entnahmen aus dem Kapitalstock generell für den Personalhaushalt ermöglichen.

Was rechtfertigt diese Pläne? Der Senat verweist darauf, dass sich mit den Kapitalstöcken derzeit kaum Zinserträge erwirtschaften lassen und dass daher eine andere Kapitalnutzung, z.B. auch für Personalaufstockungen, sinnvoll sei. Die aufgelösten Rücklagen sind in Betracht des Gesamtvolumens des Bremischen Haushalts (geplante Ausgaben 2020 5,7 Mrd. €) Minipositionen. Es bestehen keine Rechtsansprüche der Beamtinnen und Beamten auf eine ausschließlich versorgungsbezogene Verwendung der Mittel. Die Versorgungsverpflichtung des Staates bleibt dem Grunde nach unberührt; der Staat muss sie ggf. kreditfinanzieren. Die jetzt beschlossenen Schritte stellen daher die Versorgung grundsätzlich nicht in Frage.

Andererseits bleiben Fragen offen: Die Rücklagen sind u.a. durch Beiträge der Beamten selbst aufgebaut worden. Die Verwendung der von Beamten mitfinanzierten Rücklagen für nicht versorgungsbezogene Zwecke verletzt das Vertrauen in die Umsetzung des gesetzlich fixierten Zwecks der Rücklage. Andere Länder, wie auch der Bund, beschreiten den jetzt von Bremen eingeschlagenen Weg nicht. Der Bund etwa führt seiner Versorgungsrücklage weiterhin Geld zu, eine Mittelentnahme ist derzeit erst ab 2032, gestreckt über 15 Jahre vorgesehen. Das arme Berlin weist den Vermögensbestand seiner Vermögensrücklage mit 1,2 Mrd. € aus. Es gibt keinerlei Bestrebungen zur Auflösung. Im Gegenteil: Auch Berlin sieht weitere Zuwendungen vor.

Und, auch wenn der Gipfel der Pensionsaufwendungen erreicht ist, auch in den kommenden Jahren werden sie auf hohem Niveau die Haushalte belasten. Wie wirkt sich die Auflösung der Rücklagen auf die künftige Besoldungs- bzw. Versorgungshöhe aus? Entfällt z.B. die Kürzung bei Besoldungs- bzw. Versorgungserhöhungen? Auch diese Frage ist im Gespräch mit dem Senator zu klären.

Quelle: „DSTG informiert“, Mitgliederzeitung des DSTG-Landesverbands Bremen. Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung des Verfassers.

Unsere Fachgewerkschaften stellen sich vor

Bundesfachgewerkschaft



Älteste Gewerkschaft für die Zukunft gut aufgestellt

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ist mit über 150 Jahren die älteste deutsche Gewerkschaft. Sie wurde 1867 gegründet. Die GDL organisiert mehr als 80 Prozent der Lokomotivführer und zahlreiche Zugbegleiter in ganz Deutschland und hat rund 34 000 Mitglieder. Die GDL ist Tarifpartner der Deutschen Bahn AG und über 50 Wettbewerbsbahnen in Deutschland.

Die GDL ist in sieben Bezirke aufgeteilt. Der auch für Bremen zuständige Bezirk Nord umfasst die nördlichen Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie die Stadtstaaten Hamburg und Bremen.

Die Geschäftsstelle des Bezirks Nord hat ihren Sitz in Hamburg, direkt beim Hauptbahnhof. Sie ist besetzt mit einer Sekretärin, einem Volljuristen als Geschäftsführer, und dem Bezirksvorsitzenden Hartmut Petersen. Der Bezirksvorsitzende war zuvor 20 Jahre als Lokomotivführer bei der DB-AG tätig und führte im GDL-Bezirk Nord die Ortsgruppe Hamburg Ohlsdorf an. Petersen hat sich in dieser Zeit im Betriebs- und Aufsichtsrat der S-Bahn Hamburg einen Namen gemacht.

Diese drei Mitarbeiter in der Geschäftsstelle sind hauptamtlich für die Belange der 5 000 GDL-Mitglieder im Norden erfolgreich und mit großem Engagement unterwegs. Unterstützt werden sie durch elf weitere Kollegen, die ehrenamtlich dem Bezirksvorstand angehören.

Bis zum September 2016 gehörte noch das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zum GDL-Bezirk Nord, allerdings wurde dies durch eine Strukturreform geändert. Nach dieser Reform haben alle sieben GDL-Bezirke annähernd gleiche Mitgliederzahlen. Die Anzahl der Mitglieder, die der GDL-Bezirk Nord bis dahin betreute, verringerte sich durch die Abgabe von Mecklenburg-Vorpommern naturgemäß von 5700 Mitgliedern auf 4 600. Da wir seitdem erfolgreich neue Mitglieder dazu gewinnen konnten, betreuen wir aktuell über 5 000 Mitglieder – Tendenz weiter steigend.



GDL-Bezirksvorsitzender Hartmut Petersen

Diese Zahlen sind als Ergebnis guter Tarifpolitik zu bewerten, denn wir als GDL kämpfen dafür, dass das Zugpersonal angemessen entlohnt wird, egal bei welcher Bahn es beschäftigt ist. Ebenfalls ist für uns eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung des Zugpersonals ein wichtiges Ziel.

Das Zugpersonal hat inzwischen in fast allen Unternehmen die gleichen Arbeits- und Entgeltbedingungen. Die stetigen Verbesserungen und Angleichungen in den Tarifverträgen sind aber nicht vom Himmel gefallen. Immer



Tag des Zugpersonals

wieder mussten wir auch hier im Norden in Arbeitskämpfe gehen, um unsere Ziele zu erreichen. Unsere Mitglieder haben dies immer unterstützt, egal ob sie bei der AKN, erixx oder wie zuletzt bei den Elbe-Weser Verkehrsbetrieben beschäftigt sind.

In 24 Eisenbahnverkehrsbetrieben in unserem GDL-Bezirk Nord stellen unsere Mitglieder seit den Betriebsratswahlen im Jahr 2018 insgesamt 91 Betriebsräte. Auch hier haben wir einen stetigen Anstieg von Mandaten zu verzeichnen und begleiten immer wieder Betriebsratswahlen in Unternehmen, auch dort, wo vorher noch gar kein Betriebsrat existierte. So zuletzt sehr erfolgreich bei der Start Unterelbe GmbH, wo wir alle fünf Mandate besetzen. Dies bedeutet für uns einen sehr aufwendigen Betreuungsaufwand und stellt uns immer wieder vor große Herausforderungen. In den meisten Fällen funktioniert das ohne große Probleme, aber mitunter muss dann eben auch eine Einigungsstelle angehört werden. Getreu unserem gelebten Motto:

STARK – UNBESTECHLICH – ERFOLGREICH

Natürlich funktioniert unsere Arbeit vor Ort in einem so umfangreichen Bezirk nicht nur von Hamburg aus. Wir haben insgesamt 28 Ortsgruppen die ehrenamtlich betreut werden und das Miteinander unserer Mitglieder fördern und stärken. In den Ortsgruppen wird noch die Solidarität gelebt. Es gilt: Einer für alle, alle für einen!

Rund um Bremen sind dies die Ortsgruppen: Bremerhaven/Nordenham, Bremervörde, Oldenburg, Ostfriesland, Soltau und natürlich Bremen selbst.

Alle 28 Ortsgruppenvorsitzenden gehören dann, gemeinsam mit dem zwölf Personen umfassenden Bezirksvorstand zum „Erweiterten Bezirksvorstand“. Dieser tritt mindestens viermal im Jahr zusammen und trifft Beschlüsse für die Arbeit im Bezirk und berät über Anträge an den Hauptvorstand der GDL.

Mindestens eine dieser Veranstaltungen im Jahr wird als zweitägige Sitzung durchgeführt und dort laden wir dann zu unserem bezirklichen parlamentarischen Abend Gäste aus Politik und Entscheider von Eisenbahnunternehmen ein. In den vergangenen Jahren fand dies erfolgreich in Hamburg, auf Fehmarn und zuletzt in Barsinghausen statt. Natürlich ist die Verkehrspolitik der Schwerpunkt und wir begrüßen die verkehrspolitischen Sprecher der Parteien als Gäste und auch Vertreter der Aufgabenträger und der Verkehrsunternehmen. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion können wir dann, unterstützt durch unseren Bundesvorstand, den Politikern unsere Sicht der Dinge auf das aktuelle Geschehen im Verkehrsmarkt darlegen. Eines unserer Hauptanliegen ist dabei die Trennung der Infrastruktur aus dem DB-Konzern. Wir wünschen uns, dass das Netz, die Stationen, Werkstätten und die Energie in einen gesonderten Geschäftsbereich übergehen und dieser von staatlicher Hand betreut wird. Ohne Gewinnerorientierung, damit der Wettbewerb auf der Schiene gerecht und zuverlässiger gewährleistet bleibt.



Parlamentarischer Abend 2020 in Barsinghausen mit dem Bundesvorsitzenden Claus Weselsky (links)

Was unsere Tarifpolitik angeht, so sind wir sehr aktiv zum Wohle unserer Mitglieder unterwegs.

Aktuell haben wir, bedingt durch die Corona-Pandemie, einen Tarifvertrag zur Kurzarbeit aufgelegt und diesen bei vielen Unternehmen schon durchgesetzt. Einige sträuben sich noch, aber kurzfristig möchten wir auch diese Unternehmen einfangen. Unseren Mitgliedern ist es wichtig, Beschäftigungssicherheit zu haben und auch einen Ausgleich zwischen dem Kurzarbeitergeld und ihrem Entgelt zu bekommen. Unser Tarifvertrag sieht hier eine Erhöhung auf 90 Prozent vor und beinhaltet auch einen Kündigungsschutz für die Mitarbeiter.

Da es bei Ausschreibungen von Streckennetzen immer wieder zu einem Wechsel der Betreiber von Verkehrsleistungen kommt, müssen wir unsere Mitglieder vor Nachteilen schützen. Für diesen Fall haben wir einen Tarifvertrag, der den Personalübergang gewährleistet. Damit kann unseren Mitgliedern die Angst vor Arbeitsplatzverlust genommen werden und auch den Fahrgästen wird ein reibungsloser Übergang im SPNV ermöglicht.

Wir als GDL-Bezirk Nord und die GDL insgesamt sind für die Zukunft gut aufgestellt. Wir arbeiten gerne, vertrauensvoll und gut mit den Gremien des dbb zusammen.

Fotos: GDL-Bezirk Nord

Unsere Fachgewerkschaften stellen sich vor

Landesgewerkschaft

BSBD Bremen e. V. Gewerkschaft Strafvollzug



Der BSBD Bremen e. V. Gewerkschaft Strafvollzug vertritt in Zusammenarbeit mit den Dachgewerkschaften BSBD Bund (Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands) und dbb beamtenbund und tarifunion als demokratische und parteipolitisch unabhängige Gewerkschaft die berufsspezifischen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Belange aller Bediensteten in den Organisationseinheiten im Bremischen Justizvollzug. Als Mitgliedsgewerkschaft des Deutschen Beamtenbundes bedient sich der BSBD Bremen aller zulässigen gewerkschaftlichen Mittel, um seine Mitglieder mit einem starken Partner an seiner Seite zu vertreten.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten vertritt, unter dem Dach des DBB, bundesweit die Interessen der ca. 38 000 Bediensteten im Justizvollzug. Er ist mit rund 25.000 Mitgliedern die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug der Bundesrepublik Deutschland. Besonders wegen der seit 01. Januar 2008 veränderten Länderkompetenzen ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit der BSBD Landesbünde notwendig.

Welche Vorteile hat eine Mitgliedschaft im BSBD Bremen?

Eine Mitgliedschaft im BSBD Bremen e. V. beinhaltet für jedes einzelne Mitglied:

- den Anspruch auf Rechtsschutz nach den Richtlinien des dbb
- eine umfassende Haftpflichtversicherung bei dienstlichen Regressansprüchen
- einen geringen Mitgliedsbeitrag
- Seminare und Fortbildungsveranstaltungen des BSBD und dbb
- umfangreiches Informationsmaterial zu Berufs- und Gewerkschaftsangelegenheiten
- den Erhalt der Zeitschrift „Vollzugsdienst“
- vorteilhafte Konditionen im dbb-Vorsorgewerk und bei weiteren Partnern
- Interessenvertretung auch durch den BSBD, den dbb sowie der CESI (europäischer Gewerkschaftsbund).

Der BSBD Bremen kennt die Besonderheiten im Bremischen Justizvollzug und Problemlagen in den einzelnen Organisationseinheiten. Die Nähe zu den Mitgliedern und eine zuverlässige Interessenvertretung ist die Stärke des BSBD Bremen.

Wir informieren schnell und vor Ort und zusätzlich mit dem länderübergreifenden Fachmagazin „Vollzugsdienst“. Wir stehen für Transparenz und sind jederzeit vor Ort ansprechbar für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Die JVA Bremen hat derzeit 412 Bedienstete inkl. der laufenden Ausbildungslehrgänge in der Laufbahngruppe I im Justizvollzugsdienst.

Seit 2008 haben wir erfolgreich die Mehrheit bei den Personalratswahlen erreichen können und stellen seitdem auch die Vorsitzenden im Personalrat der Justizvollzugsanstalt Bremen.

Erfreuliche Mitteilung!

Das Eingangsamt in der Laufbahngruppe I im Justizvollzug, ist ab September 2020 nunmehr die Besoldungsgruppe A 8.

Das Gesetz tritt am 1. September 2020 in Kraft.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Abgeordneten, den einzelnen rechtspolitischen Sprechern der Bremischen Bürgerschaft, unserer Leitung, Vertretern der Aufsichtsbehörde, unserem Staatsrat und unserer Senatorin für die erfolgreiche Umsetzung von ganzem Herzen bedanken. Dieses richtungweisende und positive Ergebnis für unsere Bediensteten im Justizvollzug ist ein sehr wichtiger Baustein für die Attraktivität, Anerkennung und Wertschätzung der Tätigkeit im Strafvollzug.



Foto: BSBD-Bremen

Eine Mitgliedschaft im BSBD Bremen lohnt sich langfristig immer.

Wir fordern und stehen für:

- **gesunde Arbeitsbedingungen, Dienstpläne die den gesetzlichen Vorgaben entsprechen!**
- **Erhöhung des Eingangsamtes im Justizvollzug auf A8 sowie die Anpassung des Stellenkegels zur Sicherstellung beruflicher Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten in der Laufbahngruppe I**
- **Einführung der Entgeltgruppe EG8 für den Werkdienst und Medizinischer Dienst im Justizvollzugsdienst**
- **Erhöhung der Personalstärke im Schicht- und Wechselschichtdienst auf mindestens 260 VZÄ/ AKA Vollzeitstellen!**
- **Die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Justizvollzugsdienstzulage**
- **Erhöhung der Justizvollzugsdienstzulage auf mindestens 150,00€/ monatlich**
- **Dynamisierung von Zulagen wie z. B. Dienst zu ungünstigen Zeiten, Schicht- und Wechselschichtzulage**
- **Erhöhung der Bezahlung von Diensten an Wochenenden und Wochenfeiertagen**
- **Schaffung und Erhaltung von altersgerechten Dienstposten/ Arbeitsplätzen im Justizvollzug**
- **Erhöhung der Ausbildungsstärke für die kommenden Laufbahnlehrgänge im Justizvollzug**
- **Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

*Sven Stritzel
Landesvorsitzender
BSBD-Bremen*

Wir zeigen Biss und Durchsetzungsvermögen, wir setzen uns für eure Interessen ein und schaffen Verbesserungen, wir sorgen dafür, dass gesetzliche und tarifliche Vorgaben umgesetzt und eingehalten werden!

**Bei Interesse an einer Mitgliedschaft oder bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an unsere Ansprechpartner vor Ort bzw. an den Vorsitzenden Sven Stritzel unter der Rufnummer:
0421-361-15315.**

Sven Stritzel, Hauptsekretär im Justizvollzug
Landesvorsitzender BSBD Bremen e. V. Gewerkschaft Strafvollzug
Personalratsvorsitzender

Veranstaltungsinformationen

Personalräteschulungen

Die in Zusammenarbeit mit der dbb akademie geplante Grundschulung vom 29. Juni bis 1. Juli musste aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden. Nach Absprache mit dem als Veranstaltungsort vorgesehenen Courtyard-Hotel Bremen finden nun drei Grundschulungen mit jeweils maximal 12 Teilnehmern statt.

1. Termin: 24. bis 26. August 2020
2. Termin: 14. bis 16. September 2020
3. Termin: 12. bis 14. Oktober 2020

Wir hoffen, dass diese Veranstaltungen unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln stattfinden können.

Seminare des dbb bremen:

Thema: „Aktiver Umgang mit Dauerbelastung und Druck“

Termin bitte vormerken!

Der Deutsche Beamtenbund Bremen bietet das Seminar der dbb akademie vom 26. bis 28. September 2021 im dbb forum siebengebirge mit der Dozentin Annette Rüth in Königswinter für 15 Teilnehmer an. Die Unterbringung erfolgt in Einzelzimmern. Die Teilnehmerkosten sind noch nicht bekannt.

Lernziele

Die Teilnehmenden

- haben ihr berufliches Umfeld als Gesamtsystem mit wechselseitigen Abhängigkeiten, Gestaltungsmöglichkeiten aber auch systemischen Zwängen und Realitäten analysiert
- reflektieren ihre eigene Position und ihre Rollen im Team und in der Gesamtorganisation
- erkennen eigene Handlungsmöglichkeiten in der Interaktion mit Kollegen, Vorgesetzten und „Kunden“ im Sinne einer Verbesserung der Arbeitssituation
- erfahren entlastende, zielführende Kommunikationsmöglichkeiten
- kennen die Grundelemente der Resilienz

Methoden

Die Seminarinhalte werden anschaulich durch Vorträge, Präsentationen, Gruppenarbeiten, konkrete Fallbeispiele und Diskussionen vermittelt. Dabei kommen bewährte Präsentations- und Lernmedien zum Einsatz.

Sobald nähere Informationen hinsichtlich der Teilnehmerkosten etc. vorliegen werden diese veröffentlicht. Die Ausschreibung wird voraussichtlich im Juni 2021 erfolgen. Sollte von der dbb akademie eine Zusage erfolgen, kann ein kostenfreier Rücktritt nur bis zum 25.08.2021 erklärt werden.

Das dbb-Sommerfest findet statt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach Gesprächen mit der Cassen-Eils-Reederei können wir unser Sommerfest, wie geplant, am

8. August 2020 durchführen!

Wesentliche Änderungen:

1. Es gibt keinen Bus-Transfer, d.h. die TeilnehmerInnen müssen individuell anreisen.
2. Die An- und Abfahrzeiten verschieben sich!
3. Beim Betreten und Verlassen des Schiffes müssen Schutzmasken getragen werden und es gelten die Abstandsregeln.
4. Im Restaurant muss jeder zweite Tisch freigehalten werden (keine Maskenpflicht)
Auf den Tischen liegen Meldezettel für die Gesundheitsbehörde aus, die auszufüllen sind!
5. An Bord gibt es ein ausgewiesenes Einbahnstraßen-System



Einladung zur Tagestour nach Helgoland

Wir fahren mit dem umweltfreundlichen MS Helgoland von Cuxhaven aus und legen direkt im Südhafen an. Für die Überfahrt haben wir das Bordrestaurant „Kugelbake“ für uns reserviert und für alle Teilnehmer das große „Hafen-Frühstück“ bestellt, das im Teilnehmerpreis inbegriffen ist.

Pkw können auf dem Parkplatz der Reederei (**Für das Navigationssystem:** Am Fährhafen 4, 27472 Cuxhaven) direkt vor dem Anleger für 5,00 € parken.

Die Fahr- und Restaurantkarten werden ab 09:30 Uhr am dbb-Stand vor dem Schiff ausgegeben.

Abfahrt Cuxhaven	: 10:15 Uhr /	Ankunft Helgoland : 12:30 Uhr
Abfahrt Helgoland/Südhafen	: 17:00 Uhr /	Ankunft Cuxhaven : 19:15 Uhr

Die Teilnahmegebühr (Fahrpreis und Frühstück) beträgt 25,00 € pro Person (Kinder von 4 – 14 Jahre: 20,00 €) und ist bis zum 26.07.2020 auf das Konto:

dbb Ortsverband Bremerhaven
BBBank eG
IBAN: DE83 6609 0800 0003 1634 66
Stichwort: dbb-Sommerfest 2020

zu überweisen.

Wichtige Unterstützung für unsere Organisation!:

Sollten unsere 120 Reservierungsplätze überschritten werden, können wir den tatsächlichen Bedarf noch bis zum 29.07.2020 anpassen.

Bitte teilt uns daher eure Teilnahme möglichst parallel zur Überweisung spätestens bis zum 26.07.2020 unter der eMail-Adresse: dbb.bremerhaven@gmx.de oder telefonisch unter 0471/84137 mit.

Ich freue mich auf die erlebnisreiche Tagesreise mit euch und verbleibe im Namen des Vorstandes mit kollegialen Grüßen

Ralf Manning

Aus der Chronik des dbb landesbund bremen

Die frühen Jahre (1953 - 1959)

Das Beamtenbesoldungsgesetz gehört noch nicht zur konkurrierenden Gesetzgebung. D.h., dass die Beamtenbesoldung nicht nur stark differiert, sondern auch mit den jeweiligen Gesetzgebern ausgehandelt werden muss. So fordert der DBB Landesbund Bremen 1953 eine Besoldungsanpassung von 20 v.H. Ferner wird die Aufhebung der Sparbeschlüsse vom 21.03.1949 verlangt, die wegen der Geldknappheit als Folge der Währungsreform gefasst worden waren. Wiederum wird die Forderung erhoben, Bremen bezüglich des Ortszuschlags nicht in die für Städte üblichen Klasse „A“, sondern als „Hochmietstadt“ in die Ortsklasse „S“ einzugliedern.

Beamtenrechtlich steht wieder im Mittelpunkt die Forderung nach einem Gesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts im ganzen Bundesgebiet, gewissermaßen ein Grundgesetz für das Berufsbeamtentum. Mit der Verabschiedung des Beamtenrechtsrahmengesetzes 1957 wird diese DBB-Forderung erfüllt. Für den DBB, Landesbund Bremen, bedeutet dies, dass nunmehr auch die Bremer Beamtenschaft auf einer bundeseinheitlichen Grundlage fußen kann.

Strikt abgelehnt wird das aus den USA bekannte „Beuteprinzip“ bei der Besetzung von Beamtenstellen, d.h. dass die in Wahlen siegreichen Parteien über Beamtenstellen gewissermaßen wie über eine Kriegsbeute verfügen können. Lediglich Eignung und Befähigung sollen die Kriterien für Einstellung, Eingliederung und Beförderung sein.

Trotz Erfolgen bei der Anpassung der Gehälter werden die ersten Verschlechterungen der Ruhegehaltsansprüche vorgenommen: Eine 10-jährige Wartezeit bis zum Ruhegehaltsanspruch wird gegen den Widerstand des DBB bundeseinheitlich eingeführt.

Auch in den folgenden Jahren bleibt der DBB erfolgreich: 1954 gehören dem DBB, Landesbund Bremen, neben den „Direktmitgliedern“ 20 Fachverbände an.

Nachfolger von Dr. Dr. Reemt Reemtsen wird Wilhelm Bunge, der bis Ende des Jahres 1956 amtiert. Ihm folgt Helmut Remmert, der seit Gründung des Bremer DBB stellvertretender Vorsitzender für die Landes- und Kommunalbeamten gewesen war. Er bleibt bis 1959 Vorsitzender.

Im selben Jahr 1959 erscheint zum ersten Mal „Der Beamte im Lande Bremen“ als Verbandsmitteilungsblatt. Das Blatt muss voll durch Werbung finanziert werden, Die Schriftleitung liegt in den Händen von Knud Reeb, der sie 1963 an Ingo-Albrecht Riemer abgibt. Die Geschäftsstelle ist nunmehr in der Contrescarpe 17 ansässig.

Im „Haus Weserland“ findet die erste Schulungsveranstaltung statt und zwar für die Vorstandsmitglieder zum „Zweck des Gedankenaustausches“. Der DBB trägt die Kosten für die Anreise, Unterkunft und Verpflegung. Damit beginnt eine Tradition für Schulungsveranstaltungen aller Art, z.B. zum Personalvertretungsrecht, der Rhetorik oder auch zur Informatik. Begleitende Kurse für Dienstanfänger werden ständig angeboten.

Für einen Zeitraum ist Träger der DBB-Schulungen das Bremer Bildungs- und Sozialwerk des DBB. Vorsitzender ist Dr. Dietrich Konsor.

Der Beamtenbund nimmt weiterhin keine Arbeitnehmer auf, „betreut“ aber Staatsangestellte, andererseits lehnen es die meisten Fachverbände ab, Hinterbliebene aufzunehmen. Diese können „Direktmitglieder“ im DBB Landesbund werden.

Der DBB ist in Besoldungsverhandlungen mit der Senatskommission für das Personalwesen, vertreten durch Senatsdirektor Blase, erfolgreich: Der DBB fordert eine Erhöhung der Beamtgehälter um 8% und kann sich durchsetzen, allerdings nicht mit der Forderung diese Erhöhung rückwirkend zu bekommen. Die Angestellten hatten die Erhöhung bereits ein halbes Jahr zuvor erhalten.

Das Jahrzehnt schließt mit der ersten Eintragung des Deutschen Beamtenbundes, Landesbund Bremen, in das Vereinsregister.



*Helmut Remmert
stellvertretender
Landesbundvorsitzender 1950 bis 1956,
Landesvorsitzender 1956 bis 1959*

Die eigene Absicherung nicht auf die lange Bank schieben

Eine schwere Krankheit oder ein Unfall können die Finanzsituation der ganzen Familie erschüttern. Günstig vorgesorgt lässt sich mit einer Existenzschutzversicherung.

Ein oft unterschätztes Risiko ist der Eintritt von Ereignissen, die die weitere Ausübung des Berufes verhindern. Die Statistik spricht eine deutliche Sprache: Jedes Jahr scheiden in Deutschland rund 200.000 Erwerbstätige vorzeitig und ungeplant aus dem Berufsleben aus. Bei Jüngeren bilden Freizeitunfälle die Hauptursache für Dienst- bzw. Berufsunfähigkeit, insgesamt sind jedoch bei über 90% aller Betroffenen Krankheiten der Grund. Trotzdem ist nur jeder vierte Haushalt ausreichend abgesichert.

Das dbb vorsorgewerk empfiehlt allen, die von ihrem Einkommen abhängig sind, den frühzeitigen Abschluss einer Dienst- bzw. Berufsunfähigkeitsversicherung. Vom langjährigen Kooperationspartner, der DBV Deutsche Beamtenversicherung, stehen dbb-Mitgliedern und Angehörigen zur Absicherung leistungsstarke, günstige und flexible Angebote mit bis zu 5,5% Beitragsvorteil zur Verfügung.

Allerdings hat nicht jeder die finanziellen Möglichkeiten oder gesundheitlichen Voraussetzungen, um eine solche Police mit ausreichender Absicherung abzuschließen. Auf diese Situation hat die DBV reagiert und mit der Existenzschutzversicherung eine kostengünstige Alternative entwickelt.

Die Gesundheitsprüfung vor Abschluss einer Existenzschutzversicherung ist weniger komplex als bei Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherungen. Das liegt an der geringeren Zahl an versicherten Ursachen, die zur Arbeitsunfähigkeit führen können. Bei der DBV sind folgende medizinische Kriterien versichert: Invalidität nach einem Unfall (ab 50%), schwere Schädigungen eines wichtigen Organs, eine Krebserkrankung (ab Stadium II), Verlust der Grundfähigkeiten (z. B. Sehen, Hören, Sprechen), schwerwiegende Störungen des Stütz- und Bewegungsapparates oder Eintritt einer Pflegebedürftigkeit (ab Pflegegrad 2 in der gesetzlichen Pflegeversicherung).

Persönliche Risikoabsicherung durch Existenzrente

Im Leistungsfall erhält der Versicherte eine monatliche Rente. Die Rente kann bei Vertragsabschluss individuell festgelegt werden, von 250 bis 3.000 Euro.

Ein Preisbeispiel für dbb-Mitglieder: Eine 28-Jährige zahlt für eine monatliche Rente in Höhe von 1.000 Euro eine monatliche Versicherungsprämie von ca. 17 €, ein 38-Jähriger für dieselbe Leistung knapp 20 € monatlich. dbb-Mitglieder und Angehörige profitieren zusätzlich von 3% Beitragsnachlass bei Abschluss einer neuen Existenzschutzversicherung bei der DBV.

Unter bestimmten Voraussetzungen erhalten Versicherte eine Option für eine Berufs-/Dienstunfähigkeitsversicherung der DBV. Mit ihr kann innerhalb von fünf Jahren die Existenzschutzversicherung – ohne erneute Gesundheitsprüfung – durch einen zusätzlichen Berufs-/Dienstunfähigkeitsschutz ergänzt werden, maximal bis zum 45. Lebensjahr. Bis zu diesem Alter lässt sich auch die vereinbarte Rente anlassbezogen erhöhen, z.B. bei Heirat oder Geburt eines Kindes.

Lassen Sie sich ausführlich beraten!

Angesichts der unterschiedlichen Lebensumstände ist vor Abschluss einer Existenzschutzversicherung eine kompetente Beratung empfehlenswert. Dadurch lassen sich Versorgungslücken vermeiden. Die Kundenberater des dbb vorsorgewerk stehen Ihnen für Fragen zur Absicherung telefonisch - montags bis freitags von 10 Uhr bis 16 Uhr unter 030.4081 6444 oder per E-Mail an vorsorgewerk@dbb.de gern begleitend zur Seite.

Übrigens: Die DBV bietet auch eine günstige Absicherung für den Nachwuchs an. Diese Kinder-Existenzschutzversicherung endet mit dem 18. Lebensjahr automatisch mit der Option, mit vereinfachter Gesundheitsprüfung in die Existenzschutzversicherung für Erwachsene einzutreten.

50 Euro sind Ihnen sicher!



Wir checken Ihre Versicherungen

Wir meinen, dass Sie bei einem Wechsel von mindestens drei Versicherungen – z. B. Ihrer Hausrat-, Haftpflicht- und Unfallversicherung – zur HUK-COBURG mindestens 50 Euro im Jahr sparen.

Sollte die HUK-COBURG nicht günstiger sein, erhalten Sie einen 50-Euro-Amazon.de-Gutschein – als Dankeschön, dass Sie verglichen haben.

Kommen Sie vorbei – wir freuen uns auf Sie!

Mehr Informationen und Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.HUK.de/check

Kundendienstbüro Rosemarie Althoff

Tel. 0421 623040
rosemarie.althoff@HUKvm.de
Kirchheide 46
28757 Bremen
Veogesack

Kundendienstbüro Sona Poghosyan

Kauffrau für Versicherungen und Finanzen
Tel. 0421 454665
sona.poghosyan@HUKvm.de
Hemelinger Bahnhofstr. 11
28309 Bremen
Hemelingen

Kundendienstbüro Thomas Stollberger

Tel. 0421 69623760
thomas.stollberger@HUKvm.de
Leher Heerstr. 55
28359 Bremen
Lehe

Kundendienstbüro Jens Ahlers

Kaufmann für Versicherungen und Finanzen
Tel. 0471 200056
jens.ahlers@HUKvm.de
Reitkamp 2
27570 Bremerhaven
Geestemünde



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig